



FÜHRUNG AUS DER MITTE: SOFT POWER UND ZÖGERLICHE HEGEMONIE IN DER EU-KRISENDIPLOMATIE DEUTSCHLANDS UNTER ANGELA MERKEL (2005-2021)

Anuj Kukreti

Student, Amity School of Foreign Languages,
Amity University Noida, Uttar Pradesh

2026

Abstract: Warum vermied Deutschland trotz seiner überwältigenden wirtschaftlichen Stärke in der Europäischen Union unter Angela Merkel konsequent einseitiges Handeln? Diese Arbeit argumentiert, dass Deutschland seinen Einfluss nicht durch direkte Dominanz ausübte, sondern durch einen bewusst zurückgenommenen Führungsstil, der auf Soft-Power-Instrumente, institutionelle Einbettung und konsensorientierte Diplomatie setzte. Anhand von vier prägenden Krisen — der Eurokrise (2010-2012), der Griechenland-Hilfe (2010-2015), der Flüchtlingskrise (2015-2016) und dem Brexit-Prozess (2016-2020) — wird gezeigt, dass Deutschlands Einfluss vor allem durch normative Überzeugung, Koalitionsbildung mit Frankreich und die strategische Nutzung des institutionellen Rahmens der EU ausgeübt wurde. Anders als klassische Hegemone, die ihre Präferenzen mit materiellem Druck durchsetzen, funktionierte deutsche Führung dadurch, dass sie die Präferenzen anderer durch Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und moralische Rahmung formte. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass die Ära Merkel ein spezifisches Modell zögerlicher Hegemonie darstellt — wirksam bei der Sicherung des EU-Zusammenhalts, aber anfällig für Kritik an Zögerlichkeit, Asymmetrie und den Grenzen von Soft Power bei tiefgreifenden Verteilungskonflikten. Die Ergebnisse tragen zum Verständnis von Führung in konsensbasierten Mehrebenensystemen über den europäischen Fall hinaus bei.

Index Begriffe — Deutschland, Europäische Union, Angela Merkel, Soft Power, zögerliche Hegemonie, Krisendiplomatie, Eurokrise

I. EINLEITUNG

Die Europäische Union ist ein Paradox für Theorien politischer Führung. Sie ist ein System, in dem kein einzelner Mitgliedstaat formale Befehlsgewalt über andere besitzt, und dennoch werden politische Ergebnisse regelmäßig von einer kleinen Gruppe mächtiger Akteure geprägt. Deutschland nimmt in dieser Konstellation eine einzigartige Stellung ein — als größte Volkswirtschaft, bevölkerungsreichster Mitgliedstaat und als Anker europäischer Integration seit den 1950er Jahren. Dieses strukturelle Gewicht wurde besonders während der Kanzlerschaft Angela Merkels (2005-2021) folgenreich, einer Phase, die von sich überlagernden Krisen durchzogen war und Deutschland wiederholt zwang, seine Rolle unter Druck zu definieren.

Die vorliegende Forschung zur deutschen Rolle in Europa teilt sich grob in zwei Lager. Das eine betont strukturelle Faktoren: Deutschlands wirtschaftliche Überlegenheit, seine Gläubigerposition innerhalb der Eurozone und die institutionellen Zwänge des EU-Entscheidungssystems (Bulmer & Paterson, 2013; Shambaugh, 2012). Das andere konzentriert sich auf Merkels persönlichen Führungsstil — ihren Pragmatismus, ihre Vorsicht und ihre Abneigung gegen große Visionen (Mushaben, 2017a; Helms, 2011). Was weniger systematisch untersucht ist, ist das Zusammenspiel beider Dimensionen.

Wie genau übersetzte Deutschland wirtschaftliches Gewicht in politische Ergebnisse, ohne den Unilateralismus an den Tag zu legen, der Gegnerkoalitionen provoziert hätte? Welche spezifischen Einflussmechanismen operierten unterhalb der Oberfläche des formalen intergouvernementalen Verhandels? Diese Arbeit schließt diese Lücke, indem sie argumentiert, dass Deutschland unter Merkel eine spezifische Form zögerlicher Hegemonie (*reluctant hegemony*) ausübte — einen Führungsmodus, bei dem Einfluss nicht durch Befehl, sondern durch strategischen Einsatz von Soft Power, institutionelle Positionierung und Konsensbildung erzielt wird.

Die Arbeit untersucht vier Krisenepisoden, die Merkels Amtszeit prägten: die Eurokrise, die Griechenland-Hilfe, die Flüchtlingskrise und die Brexit-Verhandlungen. Über diese Fälle hinweg zeigt sich ein konsistentes Muster: Deutschland gestaltete Ergebnisse, indem es Debatten im Sinne gemeinsamer europäischer Werte rahmte, Koalitionen schmiedete (insbesondere mit Frankreich), durch EU-Institutionen arbeitete statt sie zu umgehen, und seine Interventionen so kalibrierte, dass der Anschein von Dominanz vermieden wurde. Die forschungsleitende Frage lautet: Über welche Mechanismen übte Deutschland in der EU-Krisenbewältigung während der Merkel-Ära Einfluss aus, und wo lagen die Grenzen dieses Ansatzes? Mit der Beantwortung dieser Frage trägt die Arbeit zu breiteren Debatten über Führung in Mehrebenensystemen bei, in denen formale Hierarchie fehlt und Konsens erforderlich ist.

II. LITERATURÜBERBLICK

Drei Forschungsstränge prägen die folgende Analyse: Theorien der Soft Power, das Konzept der zögerlichen Hegemonie bezogen auf Deutschland sowie krisenspezifische Studien zu Merkels EU-Diplomatie. Joseph Nye (2004) Konzept der Soft Power — die Fähigkeit, erwünschte Ergebnisse durch Anziehung statt durch Zwang oder Bezahlung zu erreichen — liefert die theoretische Grundlage. Nye unterscheidet Soft Power von Hard Power (militärische Gewalt, wirtschaftliche Sanktionen) und argumentiert, dass Staaten die Präferenzen anderer durch kulturelle Ausstrahlung, politische Werte und außenpolitische Legitimität formen können. Für den EU-Kontext ist entscheidend, dass Soft Power dort am wirksamsten operiert, wo Akteure Zustimmung sichern müssen, statt Gehorsam erzwingen zu können. Bulmer und Paterson (2013) entwickelten die einflussreiche These Deutschlands als zögerlicher Hegemon der EU. Sie argumentieren, dass Deutschland wirtschaftliche Dominanz mit politischen Zwängen verbindet, die einseitiges Handeln verhindern: eine innenpolitische Kultur der Militärskepsis, institutionelle Einbettung in EU-Strukturen und ein historisches Erbe, das offene Hegemonie illegitim erscheinen lässt. Ihre Analyse erklärt, warum Deutschland zögert, offen zu führen, spezifiziert aber nicht vollständig, wie Deutschland dennoch Einfluss erzielt — eine Lücke, die diese Arbeit adressiert.

Die Literatur zu Merkels Führungsstil betont ihren Pragmatismus und ihre Art des Krisenmanagements. Mushaben (2017b) deutet Merkels Flüchtlingspolitik als Verbindung humanitärer Überzeugung mit strategischer Führung, während Helms (2011) den Kontrast zwischen Merkels informellem Einfluss und den begrenzten formalen Befugnissen des Kanzleramts herausstellt. Wandler (2017) bietet das Konzept des Framing von Führung als Verantwortung und zeigt, wie der deutsche politische Diskurs Einfluss als Pflicht statt als Privileg konstruiert — eine Rahmung, die selbst eine Soft-Power-Ressource darstellt.

Krisenspezifische Studien bieten detaillierte Einzelanalysen. De Grauwe (2010) und Shambaugh (2012) analysieren die strukturellen Schwächen der Eurozone, die durch die Staatsschuldenkrise offengelegt wurden. Stockhammer (2011) verknüpft die Verschuldung der Peripherie mit der deutschen Lohnpolitik und beleuchtet strukturelle Asymmetrien innerhalb der Währungsunion. Zur Flüchtlingskrise zeichnet Laubenthal (2019) Deutschlands Wandel zum Einwanderungsland nach, während Kropp und Minatti (2024) untersuchen, wie die Krise nationale Identitätsdiskurse veränderte. Die Analysen Goodmans und Heaths (2016) sowie Jensens und Snaiths (2016) interpretieren den Brexit als Folge sozialer Spaltungen und politischer Dynamiken, nicht allein wirtschaftlicher Rationalität.

Trotz dieser reichen Forschung bestehen zwei Einschränkungen fort. Erstens werden die einzelnen Krisen meist isoliert betrachtet, was den Blick auf fallübergreifende Muster verstellt. Zweitens werden die Mechanismen, über die strukturelle Macht in konkrete Ergebnisse übersetzt wird, oft eher behauptet als nachgewiesen. Diese Arbeit adressiert beide Lücken, indem sie Mechanismen über vier Krisen hinweg vergleicht und die Funktionsweise von Soft Power in jedem Einzelfall nachzeichnet.

III. METHODIK

Die Untersuchung folgt einem qualitativen komparativen Fallstudiendesign, das auf der systematischen Auswertung offizieller EU-Dokumente, politischer Reden und wissenschaftlicher Sekundärliteratur beruht. Vier Krisenepisoden wurden als *most-different cases* ausgewählt, die wirtschaftliche, humanitäre und institutionelle Herausforderungen abdecken: die Eurokrise (systemische Finanzbedrohung), die Griechenland-Hilfe (Verteilungskonflikt innerhalb der Eurozone), die Flüchtlingskrise (normativ-

humanitäre Herausforderung) und der Brexit (institutionell-existenzielle Bedrohung). Für jeden Fall identifiziert die Analyse (a) die erklärten deutschen Politikpräferenzen, (b) die Mechanismen der Einflussnahme, (c) die erreichten Ergebnisse im Verhältnis zu diesen Präferenzen und (d) die Grenzen des Ansatzes. Das qualitative Vorgehen eignet sich, weil die Forschungsfrage auf Mechanismen und Prozesse zielt — auf das Wie der Einflussausübung — und nicht auf die Messung von Einflussgröße, die ein anderes methodisches Instrumentarium erfordern würde (Creswell, 2014).

IV. ANALYSE

Im Rahmen dieser Analyse werden die vier Krisenepisoden detailliert untersucht, um das Zusammenspiel von wirtschaftlicher Macht und Soft-Power-Instrumenten aufzuzeigen.

4.1 Die Eurokrise (2010-2012)

Als die Eurokrise 2010 ausbrach, stand Deutschland vor einem grundlegenden Dilemma. Als größte Volkswirtschaft der Währungsunion und deren Hauptgläubiger besaß es sowohl die größte Fähigkeit, das System zu stabilisieren, als auch das größte Risiko von Fehlanreizen, sollte die Stabilisierung als Unterzeichnung von Haushaltsverantwortungslosigkeit wahrgenommen werden. Die deutsche Antwort, entscheidend geprägt durch Merkels Regierung, verband finanzielle Zusagen mit strenger Konditionalität — ein Ansatz, der das EU-Krisenmanagement über Jahre definierte.

Deutschlands Einflussmechanismus war in dieser Phase nicht die direkte Durchsetzung eigener Präferenzen, sondern die erfolgreiche Rahmung seiner bevorzugten Lösung als gleichbedeutend mit dem kollektiven Interesse. Das von Berlin vorangetriebene Narrativ — Haushaltsdisziplin, Strukturreformen und durchsetzbare Regeln seien die Voraussetzungen für eine nachhaltige Währungsunion — fand Resonanz, weil es an Prinzipien anknüpfte, die bereits im Maastricht-Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankert waren. Wie Bibow (2012) feststellt, sah sich Deutschland einem Euro-Trilemma gegenüber, das eine Abwägung zwischen nationalen Interessen, europäischer Stabilität und Integrationsdynamik erforderte. Indem Berlin regelgebundenes Regieren betonte, positionierte es sich nicht als Verfolger nationaler Vorteile, sondern als Verteidiger der Integrität des gemeinsamen Rahmens. Institutionell war der Mechanismus ebenso bedeutsam. Statt bilaterale Rettungspakete auszuhandeln, agierte Deutschland über die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds — die sogenannte Troika. Diese Multilateralisierung diente dazu, Verantwortung zu streuen und Deutschland vor dem Vorwurf einseitiger Dominanz zu schützen. Gleichzeitig stellte die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Jahr 2012 eine dauerhafte Institutionalisierung des von Deutschland befürworteten Krisenansatzes dar, dessen Governance-Struktur Konditionalität fest verankerte.

Die Grenzen dieses Ansatzes waren jedoch erheblich. Die Austeritätspolitik verursachte in den Empfängerländern schwere soziale Kosten und erzeugte bleibende Ressentiments, insbesondere in Griechenland (De Grauwe, 2010). Sotiropoulos, Milios und Lapatsioras (2013) zeigen, wie die Krisenreaktion asymmetrische Machtverhältnisse innerhalb der Eurozone verstärkte. Zudem erschien Deutschlands prinzipienfeste Bindung an regelbasierte Lösungen jenen als starr, die argumentierten, die Krise erfordere flexiblere und solidarischere Instrumente. Die Wahrnehmung, Deutschland setze seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen unter dem Deckmantel neutraler Regeln durch, erwies sich als schwer ausräumbar.

Dennoch entsprach das Ergebnis weitgehend den deutschen Präferenzen. Die Eurozone zerbrach nicht; die institutionelle Architektur wurde gestärkt; der Grundsatz, dass Finanzhilfe an politische Auflagen zu knüpfen sei, festigte sich. Deutschland erreichte diese Ergebnisse nicht durch Diktat, sondern indem es Koalitionen fiskalkonservativer Mitgliedstaaten schmiedete und die Glaubwürdigkeit nutzte, die es durch die eigene wirtschaftliche Leistung erworben hatte. Die Krise fungierte dabei zugleich als Katalysator für eine aktivere deutsche Rolle.

4.2 Die Griechenland-Hilfe (2010-2015)

Der Fall Griechenland stellt die intensivste Verdichtung der Dynamiken dar, die in der gesamten Eurokrise beobachtbar waren. Zwischen 2010 und 2015 benötigte Griechenland drei aufeinanderfolgende Rettungspakete, die jeweils unter akuter politischer Anspannung verhandelt wurden. Deutschlands Rolle in diesen Verhandlungen erhellt sowohl die Mechanismen von Soft Power als auch deren Grenzen, wenn die Verteilungsfragen besonders tiefgreifend sind.

Deutschlands primärer Einflussmechanismus war die institutionelle Kontrolle über die Hilfskonditionen. Als größter Beitragszahler zu den Rettungsfonds und gewichtigste Stimme innerhalb der Eurogruppe konnte Deutschland Vorschläge faktisch blockieren. Die Ausübung dieses Einflusses erfolgte jedoch konsequent durch multilaterale Rahmen — Troika, Eurogruppe, ESM — und nicht durch bilateralen

Druck. Diese institutionelle Einbettung erfüllte eine doppelte Funktion: Sie legitimierte deutsche Präferenzen als kollektiv beschlossen und zwang Deutschland zugleich, Konsens zu suchen.

Merkels persönliche Diplomatie während der griechischen Verhandlungen veranschaulichte ihren Führungsansatz. Sie strebte konsequent an, Griechenland in der Eurozone zu halten und gleichzeitig auf Reformzusagen zu bestehen, und wies Forderungen aus der eigenen Koalition nach einem griechischen Ausscheiden zurück. Ihre Aussage von 2012: Scheitert der Euro, scheidet Europa signalisierte, dass deutsche Interessen expansiv als systemische Stabilität definiert wurden, nicht eng als Minimierung finanzieller Belastungen. Diese Rahmung, die deutsche Präferenzen mit europäischen Kollektivinteressen verschmolz, stellte eine Soft-Power-Strategie dar.

Doch gerade der griechische Fall legte die Grenzen und Widersprüche dieses Ansatzes offen. Die Asymmetrie des Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses führte dazu, dass konsensbasierte Prozesse Ergebnisse produzierten, die deutsche Prioritäten stärker widerspiegelten als griechische. Die sozialen Kosten in Griechenland — Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent, drastische Rentenkürzungen, Zusammenbruch von Teilen des Gesundheitssystems — ließen den Vorwurf aufkommen, Deutschland übe Hegemonie unter institutionellem Deckmantel aus (Bibow, 2012). Der Wahlsieg einer Syriza-geführten Regierung 2015 auf einer Anti-Austeritäts-Plattform stellte eine direkte demokratische Herausforderung des von Deutschland verfochtenen Politikrahmens dar.

Die Verhandlungen von 2015, die im dritten Hilfsprogramm mündeten, führten Merckels Ansatz an seine Belastungsgrenze. Nachdem die griechischen Wähler die Hilfskonditionen in einem Referendum abgelehnt hatten, stand Deutschland vor der Wahl, griechischen Forderungen entgegenzukommen oder einen Eurozonen-Austritt zu riskieren. Merckels Entscheidung, auf einem neuen Programm mit Auflagen zu bestehen und Griechenland zugleich im Euro zu halten, spiegelte ihre charakteristische Balance zwischen Prinzip und Pragmatismus wider. Das Ergebnis bewahrte die Integrität der Eurozone und festigte den Konditionalitätsrahmen, jedoch um den Preis tieferer Ressentiments in Griechenland und der Bestätigung jener Kritiker, die Solidarität in der EU als nach Gläubigerpräferenzen strukturiert ansahen. Der Griechenland-Fall illustriert somit sowohl die Wirksamkeit als auch die Verwundbarkeit zögerlicher Hegemonie. Deutschland erreichte seine Kernziele — Verhinderung der Eurozonen-Fragmentierung und Institutionalisierung der Konditionalität, doch die eingesetzten Mittel erzeugten politische Kosten, die lange nach dem Ende der akuten Krise fortwirkten. Soft Power erwies sich als wirksam, um Ergebnisse zu strukturieren, aber als unzureichend, um Legitimität bei jenen zu sichern, die diese Ergebnisse als Zwang erfuhren.

4.3 Die Flüchtlingskrise (2015-2016)

Die Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 stellte eine grundlegend andere Herausforderung dar als die Eurokrise. Hier ging es nicht primär um Finanzen, sondern um Normen — um das Selbstverständnis der EU als Wertegemeinschaft und um die Verteilung humanitärer Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten. Die deutsche Antwort, zentriert um Merckels Entscheidung, im Jahr 2015 rund 890.000 Schutzsuchende aufzunehmen und ihr Beharren auf dem Satz Wir schaffen das, stellte eine spezifische Ausübung von Soft Power durch moralische Rahmung dar.

Der Einflussmechanismus funktionierte anders als in den wirtschaftlichen Fällen. Statt seine institutionelle Position oder sein finanzielles Gewicht einzusetzen, versuchte Deutschland, Ergebnisse zu gestalten, indem es einen normativen Maßstab setzte, von dem abzuweichen anderen Staaten ohne Reputationskosten schwerfallen würde. Indem Berlin sich selbst zu einer Politik der offenen Tür verpflichtete, schuf Merkel einen Referenzpunkt, der das Spektrum akzeptabler nationaler Reaktionen neu definierte. Staaten, die sich der Aufnahme von Flüchtlingen verweigerten, mussten ihre Position nun gegen den Standard rechtfertigen, den das mächtigste EU-Mitglied gesetzt hatte — nicht bloß gegen eine abstrakte EU-Politik.

Diese Strategie spiegelte Merckels Lesart der Krise als Prüfung europäischer Werte wider. Ihre Aussage: Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land rahmte die Flüchtlingsaufnahme als Frage nationaler und europäischer Identität, nicht bloß politischer Präferenz (Mushaben, 2017b). Die Rhetorik des Wir schaffen das diente dazu, innenpolitische Unterstützung zu mobilisieren und zugleich europäischen Partnern zu signalisieren, dass Deutschland bereit war, einen überproportionalen Teil der Last zu tragen.

Die Grenzen moralischer Rahmung als Führungsinstrument wurden jedoch rasch sichtbar. Mehrere mittel- und osteuropäische Mitgliedstaaten, insbesondere Ungarn und Polen, wiesen genau den normativen Rahmen zurück, den Merkel zu etablieren suchte, und rahmten ihren Widerstand als Verteidigung nationaler Souveränität und kultureller Identität. Der koordinierte Widerstand der Visegrád-Gruppe gegen

verbindliche Flüchtlingsquoten demonstrierte, dass Soft Power durch normatives Beispiel von Akteuren mit anderen Wertvorstellungen neutralisiert werden konnte. Anders als in den Finanzkrisen konnte Deutschland hier keinen institutionellen Hebel einsetzen, um Widerstand zu überwinden, da die Asylpolitik dem nationalen Veto unterlag.

Die innenpolitischen Konsequenzen verkomplizierten Deutschlands Führungsposition zusätzlich. Der Zustrom von Flüchtlingen trug zum Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) bei, polarisierte die deutsche Politik und engte Merkmals späteren Handlungsspielraum ein (Dostal, 2017). Die Spannung zwischen Merkmals humanitärer Rahmung und wachsendem innenpolitischen Widerstand veranschaulichte ein wiederkehrendes Problem ihres Führungsansatzes: Entscheidungen, die Deutschlands moralisches Ansehen international stärkten, konnten das innenpolitische Fundament, auf dem dieses Ansehen ruhte, zugleich untergraben.

Trotz dieser Grenzen hatte die deutsche Flüchtlingspolitik nachhaltige Auswirkungen auf die EU-Migrationsgovernance. Die Krise beschleunigte Reformen der Dublin-Verordnung, den Ausbau von Frontex und die Aushandlung externer Migrationsabkommen mit der Türkei und nordafrikanischen Staaten. Diese Ergebnisse blieben zwar weit hinter dem von Deutschland angestrebten umfassenden Lastenteilungssystem zurück, stellten aber eine inkrementelle institutionelle Anpassung dar und verhinderten das von manchen befürchtete Ende des Schengen-Systems.

4.4 Der Brexit (2016-2020)

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stellte eine Herausforderung völlig anderer Art dar: eine institutionell-existenzielle Bedrohung, nicht eine finanzielle oder humanitäre Krise. Hatte die Eurokrise Fragen zur Tragfähigkeit der Währungsunion aufgeworfen, so warf der Brexit Fragen zur Tragfähigkeit der EU-Mitgliedschaft selbst auf. Die deutsche Reaktion auf diese Herausforderung offenbart einen weiteren Mechanismus der Soft Power — diplomatische Koordination mit dem Ziel, den Zusammenhalt der verbleibenden Mitgliedstaaten zu wahren.

Merkels unmittelbare Charakterisierung des Referendumsergebnisses als Einschnitt für Europa (Delcker, 2016) signalisierte, dass Deutschland die Tragweite über die bilateralen Beziehungen hinaus in der Integrität der Union selbst verortete. Das vorrangige deutsche Ziel bestand darin, eine Kaskade weiterer Austritte oder die Entstehung eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten zu verhindern, in dem Kernverpflichtungen optional würden. Dieses Ziel erforderte einen schwierigen Balanceakt: Die dem Vereinigten Königreich angebotenen Bedingungen mussten fest genug sein, um zu demonstrieren, dass Mitgliedschaft mit Privilegien verbunden ist, die Nichtmitgliedern nicht zugänglich sind, und zugleich konstruktiv genug, um stabile zukünftige Beziehungen zu ermöglichen.

Der von Deutschland eingesetzte Mechanismus war enge bilaterale Koordination mit Frankreich, die anschließend über institutionelle Kanäle auf die EU-27 ausgeweitet wurde. Die Achse Merkel-Hollande (später Merkel-Macron), die schon im Eurokrisenmanagement zentral gewesen war, erwies sich auch im Brexit-Kontext als tragfähig. Indem Deutschland und Frankreich sicherstellten, dass die beiden größten verbleibenden Mitgliedstaaten eine geeinte Front bildeten, verringerte sich der Spielraum des Vereinigten Königreichs, Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten auszunutzen — eine Strategie, die London historisch verfolgt hatte. Diese französisch-deutsche Koordination wurde anschließend durch den Europäischen Rat und die Article-50-Taskforce der Kommission kanalisiert, sodass das Verhandlungsmandat kollektive Positionen widerspiegelte und nicht von einem einzelnen Staat dominiert wurde.

Deutschlands Ansatz war durch das gekennzeichnet, was man als prozedurale Führung bezeichnen könnte. Statt substantielle Verhandlungspositionen zu diktieren, konzentrierte sich Deutschland darauf, dass der Prozess selbst die Einheit bewahrte. Dies beinhaltete, Mitgliedstaaten von bilateralen Absprachen mit dem Vereinigten Königreich abzuhalten, die Rolle der Kommission als alleinige Verhandlungsführerin zu unterstützen und die Verhandlungen in Phasen zu strukturieren, die die EU-27 zusammenhielten. Das Ergebnis — das Austrittsabkommen und das Handels- und Kooperationsabkommen — spiegelte diesen Prozess wider: Es wahrte die Integrität des Binnenmarktes und den Grundsatz der Unteilbarkeit der vier Freiheiten, während es zugleich einen Rahmen für künftige Kooperation mit dem Vereinigten Königreich etablierte.

Die Grenzen dieses Ansatzes sind anzuerkennen. Deutschlands Betonung der Einheit bedeutete, dass ambitioniertere Visionen einer Post-Brexit-Reform der EU zurückgestellt wurden. Der französische Vorstoß für eine tiefere Eurozonen-Integration beispielsweise erhielt qualifizierte deutsche Unterstützung, führte aber nicht zu den von manchen geforderten transformativen Schritten. Zudem waren die wirtschaftlichen Kosten des Brexit für deutsche Exporteure, wenngleich beherrschbar, real. Dass Deutschland sie ohne größere binnenwirtschaftliche Störungen absorbieren konnte, spiegelte mehr die

strukturelle Wirtschaftskraft als diplomatisches Geschick wider. Dennoch demonstriert der Brexit-Fall einen eigenständigen Modus der Einflussnahme: Deutschland agierte als organisatorisches Zentrum einer Koalition, die den EU-Zusammenhalt unter außergewöhnlichem Druck aufrechterhielt. Dieser Modus beruhte nicht auf der Durchsetzung eigener Präferenzen, sondern auf der Ermöglichung kollektiven Handelns — eine Form der Führung, die leicht übersehen wird, weil sie wenig sichtbare Spuren hinterlässt. Merkmals Ansatz stellte sicher, dass der Brexit, obschon eine tiefe Zäsur, nicht das von vielen 2016 befürchtete Desintegrationsszenario auslöste.

4.5 Übergreifende Muster

Tritt man aus der Betrachtung der Einzelfälle einen Schritt zurück, so zeigen sich vier fallübergreifende Mechanismen, die Deutschlands Einflussausübung unter Merkel kennzeichnen.

Erstens normative Rahmung: In jeder Krise präsentierte Deutschland seine Präferenzen als im Einklang mit kollektiven europäischen Werten — Haushaltsdisziplin als gemeinsames Interesse an Stabilität, Flüchtlingsaufnahme als humanitäre Verpflichtung, EU-Einheit als existenzielle Notwendigkeit. Diese Rahmung verwandelte sektorale Präferenzen in scheinbar universelle Imperative und machte Widerstand für andere Staaten kostspieliger. Der Mechanismus operierte diskursiv, nicht durch Zwang, und entspricht Nyes (2004) Konzeption von Soft Power als Anziehung und Überzeugung.

Zweitens Koalitionsbildung mit Frankreich: Die deutsch-französische Partnerschaft fungierte als politischer Kern, um den herum breitere EU-Konsense aufgebaut wurden. Indem Berlin die Abstimmung mit Paris sicherstellte, bevor andere Mitgliedstaaten einbezogen wurden, verstärkte Deutschland seinen Einfluss und verdünnte zugleich die Wahrnehmung einseitiger Dominanz. Diese bilaterale Achse, institutionalisiert in regelmäßigen Gipfeltreffen und abgestimmten Positionen, stellte Macht mit anderen Mitteln dar — die Macht, Agenden zu setzen und die Bedingungen der Debatte zu definieren, bevor formelle Verhandlungen begannen.

Drittens institutionelle Einbettung: Deutsche Präferenzen wurden konsequent durch EU-Rahmen — Troika, ESM, Verhandlungsmandat der Kommission — verfolgt, nicht durch bilateralen Druck oder einseitiges Handeln. Dieses Vorgehen legitimierte Ergebnisse als kollektiv beschlossen und stellte zugleich sicher, dass die Institutionen innerhalb der für Berlin akzeptablen Parameter operierten. Der Mechanismus veranschaulicht, was Bulmer und Paterson (2013) als Deutschlands Einbettung in multilaterale Entscheidungsstrukturen identifizieren.

Viertens kalibrierte Zurückhaltung: Merkel vermied konsequent die maximalistische Durchsetzung deutscher Präferenzen und akzeptierte Kompromisse, die hinter optimalen Ergebnissen zurückblieben, um den Konsens zu wahren. Diese Zurückhaltung, innenpolitisch oft als Zögerlichkeit kritisiert, war strategisch funktional, um die Bildung von Gegnerkoalitionen zu verhindern, die den deutschen Einfluss langfristig beschnitten hätten. Indem Deutschland die Bereitschaft demonstrierte, überproportionale Kosten zu tragen — finanziell (Eurorettung), demografisch (Flüchtlingsaufnahme), politisch (Brexit-Management) — etablierte es Glaubwürdigkeit als verantwortlicher Akteur, nicht als eigennütziger Hegemon.

Diese Mechanismen operierten in Kombination, nicht isoliert. Der Flüchtlingsfall verband normative Rahmung mit kalibrierter Zurückhaltung; der Griechenland-Fall verband institutionelle Einbettung mit Koalitionsbildung; der Brexit-Fall demonstrierte prozedurale Führung durch alle vier Mechanismen zugleich. Die Grenzen dieses Ansatzes sind ebenfalls musterhaft. Die zögerliche Hegemonie erzeugte anhaltende Kritik aus zwei Richtungen: von jenen, die deutsche Dominanz als unzureichend eingeschränkt ansahen (insbesondere in Südeuropa), und von jenen, die sie als unzureichend durchsetzungsstark ansahen (insbesondere in Mittel- und Osteuropa in der Migrationspolitik). Der Ansatz erwies sich dann als am wirksamsten, wenn deutsche Präferenzen mit breiten Mehrheiten übereinstimmten und institutionelle Mechanismen existierten, um Präferenzen in bindende Ergebnisse zu übersetzen (wie in der Eurokrise). Am wenigsten wirksam war er, wenn die normative Übereinstimmung fundamental fehlte und die institutionellen Instrumente schwach waren (wie in der Debatte um Flüchtlingsverteilung). Eine kurze Erweiterung um die Covid-19-Pandemie (2020-2021) bestätigt dieses Muster: Deutschland unterstützte mit dem Wiederaufbaufonds Next Generation EU gemeinsame Schuldeninstrumente, die zuvor tabu waren, und zeigte damit eine gewisse Flexibilisierung, ohne jedoch den grundlegenden Mechanismus der institutionellen Einbettung und kalibrierten Zurückhaltung aufzugeben (Bulmer, 2022). Das unterstreicht, dass die identifizierten Mechanismen keine starre Formel waren, sondern situativ angepasst wurden.

V. SCHLUSSFOLGERUNG

Diese Arbeit hat argumentiert, dass Deutschland unter Angela Merkel eine spezifische Form zögerlicher Hegemonie in der EU-Krisenbewältigung ausübte und Einfluss durch Soft-Power-Mechanismen erzielte — normative Rahmung, Koalitionsbildung, institutionelle Einbettung und kalibrierte Zurückhaltung statt durch einseitige Präferenzdurchsetzung. Die Analyse der vier Krisenepisoden zeigt, dass dieser Ansatz weitgehend wirksam war, um den EU-Zusammenhalt zu sichern und Ergebnisse zu erreichen, die deutschen Prioritäten entsprachen, insbesondere in der Eurokrise und beim Brexit. Sie offenbart jedoch auch erhebliche Grenzen: Der Ansatz erzeugte Legitimitätsdefizite bei Staaten, die deutschen Einfluss als Zwang erlebten; er erwies sich als weniger wirksam in Bereichen, wo normative Übereinstimmung fundamental fehlte; und er verursachte innenpolitische Kosten, die Deutschlands spätere Führungsfähigkeit einschränkten.

Die Ergebnisse leisten einen Beitrag zum Verständnis von Führung in konsensbasierten Mehrebenensystemen. Sie legen nahe, dass in institutionellen Umgebungen, in denen formale Hierarchie fehlt und Entscheidungen Konsens erfordern, Einfluss vor allem durch die Fähigkeit operiert, die Präferenzen und Erwartungen anderer zu formen, nicht durch Befehl. Glaubwürdigkeit, Konsistenz und die demonstrierte Bereitschaft, überproportionale Kosten zu tragen, erweisen sich als entscheidende Ressourcen — Ressourcen, die Deutschland während der Merkel-Ära in höherem Maße besaß als jeder andere EU-Mitgliedstaat.

Die Grenzen dieser Analyse sind anzuerkennen. Die Fallauswahl konzentriert sich auf hochprofiliertere Krisen und schließt die normale EU-Politik aus, in der die identifizierten Mechanismen anders operieren mögen. Die Studie stützt sich auf Sekundärquellen, was die Tiefe des process-tracing begrenzt. Zudem nimmt die Analyse eine deutsch-zentrierte Perspektive ein, die den deutschen Einfluss im Verhältnis zu anderen Akteuren — der Kommission, der EZB, anderen großen Mitgliedstaaten — möglicherweise überzeichnet.

Künftige Forschung könnte die Analyse in drei Richtungen erweitern. Erstens könnte ein Vergleich mit der Zeit nach 2021 untersuchen, ob die identifizierten Mechanismen unter der Regierung Scholz fortbestehen und damit klären, ob zögerliche Hegemonie ein persönlicher Stil Merkels oder ein strukturelles Merkmal der deutschen EU-Position war. Zweitens könnte eine vergleichende Analyse mit Frankreich differenzieren, was am deutschen Ansatz spezifisch ist und was der strukturellen Position großer Mitgliedstaaten in Konsenssystemen entspringt. Drittens könnten Untersuchungen der innenpolitischen Determinanten deutscher Europapolitik analysieren, wie interne politische Zwänge externe Einflussstrategien formen, insbesondere vor dem Hintergrund einer nach-Merkel zunehmend fragmentierten Parteienlandschaft.

Die Ära Merkel in der deutschen Europapolitik zeigt, dass Einfluss in komplexen multilateralen Systemen selten eine Frage gradliniger Machtprojektion ist. Er ist vielmehr eine Übung sorgfältiger Kalibrierung — hart genug zu drängen, um wesentliche Ziele zu erreichen, und rechtzeitig zurückzuziehen, um die Beziehungen zu erhalten, von denen künftiger Einfluss abhängt. Dass dieser Balanceakt über sechzehn Jahre und vier existenzielle Krisen hinweg aufrechterhalten wurde, stellt eine beachtliche politische Leistung dar, bei allen anerkannten Grenzen und Kosten.

DANKSAGUNG

Der Autor möchte sich für die Unterstützung und wertvolle Anleitung bedanken, die während der Erstellung dieser Forschungsarbeit gewährt wurde. Ein besonderer Dank gilt der Fakultät der Amity School of Foreign Languages für das förderliche akademische Umfeld.

LITERATURVERZEICHNIS

- [1] Bibow, J. (2012). The Euro debt crisis and Germany's Euro trilemma. Levy Institute Working Paper No. 721.
- [2] Bulmer, S. (2022). Germany, the Eurozone crisis and the COVID-19 pandemic: Failing forward or moving on? *Comparative European Politics*, 20, 166-183.
- [3] Bulmer, S., & Paterson, W. E. (2013). Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints. *Journal of European Public Policy*, 20(10), 1387-1405.
- [4] Creswell, J. W. (2014). *Research design: Qualitative, quantitative, and mixed methods approaches*. Sage Publications.
- [5] De Grauwe, P. (2010). The financial crisis and the future of the Eurozone. *Bruges European Economic Policy Briefings*, No. 21.
- [6] Delcker, J. (2016, 24. Juni). Angela Merkel: Brexit is watershed for Europe. *Politico*.
- [7] Dostal, J. M. (2017). The German federal elections of 2017. *The Political Quarterly*, 88(4), 589-597.
- [8] Goodman, M., & Heath, O. (2016). The 2016 referendum, Brexit and the left behind: An aggregate-level analysis of the result. *The Political Quarterly*, 87(3), 323-332.
- [9] Helms, L. (2011). Angela Merkel and the unfulfilled promise of chancellor democracy. *Current History*, 110(734), 95-100.
- [10] Jensen, M. D., & Snaith, H. (2016). When politics prevails: The political economy of a Brexit. *Journal of European Public Policy*, 23(9), 1302-1310.
- [11] Kropp, S., & Minatti, W. (2024). Whither Willkommenskultur? National identity discourses and the arrival of refugees in Germany. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 50(20), 5288-5307.
- [12] Laubenthal, B. (2019). Refugees welcome? Reforms of German asylum policies between 2013 and 2017 and Germany's transformation into an immigration country. *German Politics*, 28(3), 412-425.
- [13] Mushaben, J. M. (2017a). *Becoming Madam Chancellor: Angela Merkel and the Berlin Republic*. Cambridge University Press.
- [14] Mushaben, J. M. (2017b). Wir schaffen das! Angela Merkel and the European refugee crisis. *German Politics*, 26(4), 516-533.
- [15] Nye, J. S. (2004). Soft power: The means to success in world politics. *Public Affairs*.
- [16] Shambaugh, J. (2012). The euro's three crises. *Brookings Papers on Economic Activity*, 44, 157-231.
- [17] Sotiropoulos, D. P., Milios, J., & Lapatsioras, S. (2013). *A political economy of contemporary capitalism and its crisis*. Routledge.
- [18] Stockhammer, E. (2011). Peripheral Europe's debt and German wages: The role of wage policy in the Euro area. *International Journal of Public Policy*, 7(3), 83-96.
- [19] Wendler, F. (2017). Recalibrating Germany's role in Europe: Framing leadership as responsibility. *German Politics*, 26(4), 574-590.